

Niederschrift

über die 35. Sitzung (öffentlicher Teil)
der Bezirksvertretung Münster-Ost
am Donnerstag, **19.03.2009**, 17:00 Uhr,
Wersehof, Dorbaumstraße 1, 48157 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Balsliemke, Dr. Dietrich Fehmer, Stefan Gottkehaskamp, Siegfried Grenda, Günter Höhne, Bruno Kleine Borgmann, Martina Klimek, Margret Mürer, Walter von Göwels (ab 17:15 Uhr, TOP 1), Thomas Werth,

von der SPD-Fraktion

Jörg Koltermann, Thomas Marquardt, Marion Mix, Renate Schmitz,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Christa Breitenbach, Jörn Möltgen,

von der FDP

Kurt Moths (ab 17:18 Uhr, TOP 2.1),

von der UWG-MS

Klaus Köster,

Vertreter des Jugendforums

Amelie Wetter,

für die Schriftführung

Karin Groh,

für die Stenogrammaufnahme

Monika Janczak,

Es fehlte:

Manfred Suerhoff (Bündnis 90/Die Grünen/GAL)

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- | | |
|--|---|
| | 1. Eingänge und Mitteilungen |
| | 2. Anhörungen |
| <u>V/0152/2009</u>
OB | 2.1. Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, Änderung der Zuständigkeitsordnung und Satzung zur Änderung der Hauptsatzung |
| <u>V/0013/2009</u>
I | 2.2. 1. Änderung der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster
Antrag an den Rat Nr. ABV/0002/2008 in der Bezirksvertretung Münster-Nord |
| <u>V/0137/2009</u>
II | 2.3. Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster |
| <u>V/0137/2009/1</u>
II | 2.3.1. Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster und Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen |
| | 3. Anträge |
| <u>A-O/0003/2009</u>
SPD-Fraktion | 3.1. Einbindung der Hobbeltstraße in den ÖPNV |
| <u>A-O/0004/2009</u>
SPD-Fraktion | 3.2. Hobbeltstraße im Einmündungsbereich Handorfer Straße |
| <u>A-O/0009/2009</u>
FDP | 3.3. Ergänzung zum SPD-Antrag Einmündung Hobbeltstraße |
| <u>A-O/0005/2009</u>
SPD-Fraktion | 3.4. Renovierungsarbeiten an der Matthias-Claudius-Schule |
| <u>A-O/0007/2009</u>
SPD-Fraktion | 3.5. Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf der Dyckburgstraße im Einmündungsbereich Mariendorfer Straße auf 50 km/h |
| <u>A-O/0008/2009</u>
Bündnis 90/Die Grünen/GAL-Fraktion | 3.6. Konzept "Shared Space" in Handorf |
| <u>A-O/0010/2009</u>
CDU- und SPD-Fraktionen | 3.7. Gemeinsamer Prüfantrag der CDU- und SPD-Fraktion in der BV-Ost als Ergänzung zu Antrag A-O/0033/2008 vom 08.11.2008 |
| <u>A-O/0012/2009</u>
CDU-Fraktion | 3.8. Eröffnungsfeier anlässlich der Fertigstellung der Anbindung Hobbeltstraße an den Kreisverkehr im Neubaugebiet "Drei Eichen" |

A-O/0013/2009
CDU-Fraktion

3.9. Erfahrungsbericht über die Wirksamkeit von Dialog-Displays

A-O/0016/2009
CDU-Fraktion

3.10. Zuschuss für die Erstellung eines Rasentrainingsplatzes für die Sportanlage "Pleistemühlenweg"

3.11. Antrag des Fördervereins der Kardinal-von-Galen-Schule Handorf für ein Leseprojekt

4. **Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen von Mitgliedern der Bezirksvertretung und Abgabe neuer Anfragen**

5. **Stellungnahme der Verwaltung zu Anregungen der Bezirksvertretung/von Mitgliedern und Abgabe neuer Anregungen/Anträge**

6. **Verschiedenes**

Herr **Grenda** eröffnete die öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Münster-Ost um 17:00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Er begrüßte die Mitglieder der Bezirksvertretung, die Vertreterin des Jugendforums, die Vertreterinnen der Verwaltung sowie der Presse.

Herr **Grenda** gratulierte Frau Groh, Herrn Koltermann und Frau Schmitz nachträglich zum Geburtstag.

Punkt 1 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

Herr **Grenda** teilte Folgendes mit:

- Als neue Vertreterin des Jugendforums Ost wurde Amelie **Wetter** begrüßt. Diese stellte sich auf Wunsch kurz persönlich vor.
- Am 30. August 2009 findet nach derzeitigem Stand die Kommunalwahl statt. Da im Zeitraum zwischen dem Ende der Sommerferien und der Kommunalwahl möglichst keine Sitzungen stattfinden sollten, wird die für den 20. August vorgesehene Sitzung der BV Ost auf den 10. September verlegt. Als Termin für die Konstituierung des neuen Rates ist der 28.10.2009 vorgesehen. In der Zeit vom 2. – 6.11.2009 sind die konstituierenden Sitzungen der neuen Bezirksvertretungen geplant.
- Die obligatorische Radtour der Bezirksvertretung solle in diesem Sommer mit der Verabschiedung der ausscheidenden Mitglieder verbunden werden. Herr Grenda schlug als Schwerpunkt der diesjährigen Tour den Stadtteil St. Mauritz vor; die CDU-Fraktion werde den Ausflug organisieren. Die Mitglieder begrüßten den Vorschlag.
- Herr Grenda appellierte an alle, bei neuen Anträgen an die Verwaltung zu berücksichtigen, dass diese durch die umzusetzenden Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm in den

nächsten Monaten stark belastet sein wird. Er empfahl im Einzelfall den direkten Weg zur Sachbearbeitung zu nutzen.

- Der Ältestenrat der Bezirksvertretung werde zur Vorberatung der Anträge auf finanzielle Förderung rechtzeitig vor der Sitzung am 30.04.2009 zusammenkommen.

Frau **Groh** teilte Folgendes mit:

- Das Standesamt Münster erweitert seine Trautermine in den Stadtteilen; von Juni bis Oktober 2009 und im Dezember 2009 kann künftig an jedem 4. Freitag nachmittags im Heimathaus Handorf geheiratet werden.
- „musicO`2009“ wird am 28. Juni 2009 im Gymnasium St. Mauritz veranstaltet.

Herr **Möltgen** teilte mit, dass der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft in seiner Sitzung am 07.05.2009 (17:00 Uhr, Rotunde, Stadthaus 3, Albersloher Weg 33, 48155 Münster) öffentlich zum Thema „Planungsstand Ausbau Knotenpunkt B51/ Warendorfer Straße“ tagen werde und empfahl die Teilnahme.

Punkt 2 der Tagesordnung	Anhörungen
Punkt 2.1 der Tagesordnung V/0152/2009	Umsetzung des Zukunftsinvestitionsgesetzes, Änderung der Zuständigkeitsordnung und Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung den Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, des Innenministeriums, des Finanzministeriums und des Ministeriums für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie und des Ministeriums für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen zur Beschleunigung von Investitionen durch Vereinfachung des Vergaberechts voll inhaltlich bezüglich der vereinfachten Möglichkeit zur Durchführung beschränkter Ausschreibungen und freihändiger Vergaben umsetzen wird. (Anlage 1)
2. Die anliegende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung (Anlage 2) wird beschlossen.
3. Die anliegende Änderung der Zuständigkeitsordnung (Anlage 3) wird beschlossen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 4.1 in den Sitzungen der Bezirksvertretungen und des Vergabeausschusses regelmäßig über die Vergaben, die oberhalb der bisherigen Wertgrenzen (VOB über 75.000 € und VOL über 50.000 €) liegen, zu berichten.
 - 4.2 den Ausschuss für Umweltschutz und Bauwesen über die erteilten Planungsaufträge zeitnah zu unterrichten
 - 4.3 die Mitglieder der Bezirksvertretungen über Maßnahmen, die in ihrem Stadtbezirk durchgeführt werden, zeitnah und zwar in der Regel vor Beginn der Maßnahme, zu informieren.“

**Punkt 2.2 der Tagesordnung
V/0013/2009**

**1. Änderung der Satzung über die Wochenmärkte
in der Stadt Münster
Antrag an den Rat Nr. ABV/0002/2008 in der Be-
zirksvertretung Münster-Nord**

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die Satzung zur Änderung des § 10 Absatz 2 der Satzung über die Wochenmärkte in der Stadt Münster (Anlage 1) wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.“

**Punkt 2.3 der Tagesordnung
V/0137/2009**

**Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der
Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster**

Beratungsgrundlage war die Ergänzungsvorlage „V/0137/2009/1“.

**Punkt 2.3.1 der Tagesordnung
V/0137/2009/1**

**Zukunftsinvestitionsgesetz - Inanspruchnahme der
Fördermittel des Bundes in der Stadt Münster und
Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen**

Herr **Koltermann** gab Folgendes zu Protokoll:

„Die SPD beanstandet, dass die Fenstersanierung der Margaretenschule (Antrag vom 05.03.2009) nicht berücksichtigt worden ist in der Prioritätenliste.“

Herr **Marquardt** beanstandete, dass die Anträge zur Renovierung der Matthias-Claudius Schule nicht berücksichtigt wurden.

Nach Diskussion beschloss die Bezirksvertretung einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass auf die Stadt Münster Fördermittel aus dem zweiten Konjunkturpaket des Bundes in Höhe von voraussichtlich 31,2 Mio. Euro entfallen. Es stehen nach den Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen damit potenziell für die Jahre 2009 und 2010 Fördermittel
 - im Bereich Bildung von 25,4 Mio. Euro und
 - im Bereich Infrastruktur von 5,8 Mio. Euro
 zur Verfügung. Zusammen mit dem lokalen Konjunkturstützungsprogramm kann in den Jahren 2009 und 2010 eine über den Haushaltsplanentwurf 2009 und den Ansatz für 2010 hinausgehende Wirkung von rund 44 Mio. Euro erzeugt werden. Das entspricht dem 1,4fachen des durchschnittlichen Haushaltsvolumens für Investitionen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass
 - 2.1 sich die Fördermittel des Bundes in der vom Land Nordrhein-Westfalen weitergegebenen Form auf die folgenden Teilbereiche beschränken:
 - im Bereich Bildung auf die Teilbereiche
 - Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur,
 - Schulinfrastruktur und
 - kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung

- und im Bereich Infrastruktur auf die Teilbereiche
 - Städtebau (ohne Abwässer und ÖPNV),
 - ländliche Infrastruktur (ohne Abwässer und ÖPNV),
 - kommunale Straßen (beschränkt auf Lärmschutz),
 - Informationstechnologie und
 - sonstige Infrastrukturinvestitionen.
 - 2.2 für die unter Beschlusspunkt 2.1 genannten Begrifflichkeiten zurzeit noch keine endgültigen Präzisierungen vorliegen und insofern noch nicht verlässlich feststeht, ob alle unter Beschlusspunkt 3 und in Anlage 1 genannten Maßnahmen bzw. Bereiche abschließend förderfähig sind.
 - 2.3 die unter Beschlusspunkt 3 und in Anlage 1 genannten Maßnahmen bzw. Bereiche auch deshalb von der Verwaltung vorgeschlagen werden, um die Vorgabe des Bundes, die Hälfte der Fördermittel bereits im Jahr 2009 abzurufen, erfüllen zu können und so möglichst schnell eine Konjunktur stimulierende Wirkung zu entfalten.
 - 2.4 alle Maßnahmen aus dem 1.000-Schulen-Programm kurzfristig umgesetzt werden, d.h., dass der vorzeitige Maßnahmebeginn in Anspruch genommen wird und Maßnahmen vorfinanziert werden. Für alle Maßnahmen, die nicht gefördert werden und für die zurzeit kein vorzeitiger Maßnahmebeginn bewilligt wird, wird auf eine evtl. mögliche Nachbewilligung von Fördermitteln verzichtet.
 - 2.5 die Verwaltung in enger Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag und dem Städtetag Nordrhein-Westfalen in den zurückliegenden Tagen und Wochen versucht hat und weiter versuchen wird, einen möglichst hohen Grad an Verbindlichkeit und Förderfähigkeit der einzelnen Maßnahmen bzw. Bereiche zu erreichen.
 - 2.6 die Verwaltung den von Bund und Land NRW vorgenommenen Vereinfachungen im Vergaberecht zur schnelleren Umsetzung der Konjunkturmaßnahmen im Rahmen einer gesonderten Vorlage Rechnung trägt.
 - 2.7 die in der Anlage 2 dargestellten Anschreiben, Anregungen und Anträge mit Bezug zum Bundeskonjunkturpaket bei der Verwaltung eingegangen sind.
3. Der Rat beschließt
- 3.1 im Bereich Bildung unter Einschluss energetischer, energieorientierter und energierelevanter Aspekte von den Bundesfördermitteln
 - für Einrichtungen der frühkindlichen Bildungsinfrastruktur ein Budget von 4,0 Mio. Euro
 - und für schulische und sonstige Bildungsinfrastruktur ein Budget von 21,4 Mio. Euro
 vorzusehen. Sowohl die freien Träger im Kinder- und Jugendbereich als auch die nicht-städtischen Schulträger (Ersatzschulen ohne LWL-Schulen) partizipieren anteilig an den Fördermitteln.
 - 3.2 im Bereich Infrastruktur von den Bundesfördermitteln
 - für Altbausanierung und Radwege ein Budget von ca. 0,9 Mio. Euro und
 - für sonstige Infrastrukturinvestitionen ein Budget von ca. 5,0 Mio. Euro, verteilt auf
 - Feuerwehrinfrastruktur mit 0,4 Mio. Euro,
 - Kulturinfrastruktur mit 1,55 Mio. Euro,
 - Sportinfrastruktur mit 2,45 Mio. Euro,
 - Spielplätze mit 0,4 Mio. Euro,
 - sonstige Infrastruktur 0,05 Mio. Euro,
 vorzusehen.
 - 3.3 die in Anlage 1.1 dargestellten Einzelmaßnahmen und **die in Anlage 1.2 dargestellten Detaillisten zur weiteren Konkretisierung sowie die** Teilbudgets für die frühkindliche und schulische Bildung im formellen Sinne jeweils als Baubeschluss, soweit im Einzelfall keine Zuständigkeit der Bezirksvertretungen gegeben ist. Die Verwaltung wird die Einzelmaßnahmen **bzw. die Maßnahmen gemäß der Detaillisten** möglichst zeitnah umsetzen, um eine schnelle Konjunktur stimulierende Wirkung zu erzeugen und sich um eine möglichst zeitnahe, verbindliche Aussage zur Förderfähigkeit der ein-

zelnen Maßnahmen bemühen. Sollten sich Einzelmaßnahmen als nicht förderfähig erweisen, wird die Verwaltung den parlamentarischen Gremien zeitnah Alternativvorschläge unterbreiten.

- 3.4 unabhängig von den Bundesfördermitteln ein Budget von 800.000 Euro (durch Vorziehen von Bauunterhaltungsmitteln), mit dem kleinere Maßnahmen von den einzelnen Schulen, bei baulichen Maßnahmen mit Unterstützung der Verwaltung, durchgeführt werden können, die möglicherweise nicht förderfähig wären.

4. Der Rat

- 4.1 nimmt zur Kenntnis, dass die Fördermittel des Bundes vor allem für eine Vielzahl von kleineren, konjunkturell schnell wirkenden Maßnahmen genutzt werden sollen, um eine möglichst große Breitenwirkung zu erzeugen. Größere strukturelle Investitionsmaßnahmen sind wegen des längeren zeitlichen Planungs- und Entscheidungsvorlaufs sowie der bevorstehenden Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung nicht benannt worden.
- 4.2 beauftragt die Verwaltung, die größeren strukturellen Investitionsmaßnahmen aufzubereiten, hierbei den längeren zeitlichen Planungs- und Entscheidungsvorlauf sowie die Ergebnisse der Schulentwicklungsplanung zu berücksichtigen und prioritätengesteuert eine sach- und zeitgerechte Umsetzung zu erreichen. Dazu wird bereits jetzt ein Investitionsvolumen von 8 Mio. € je hälftig in den Jahren 2011 und 2012 vorgesehen und in der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung ausgewiesen. Die abschließende Höhe und zeitliche Abfolge dieser Investitionen wird entsprechend den dann aktuellen Erkenntnissen präzisiert werden.
- 4.3 beauftragt die Verwaltung, bei allen Maßnahmen im Rahmen der jeweils bestehenden Möglichkeiten auf eine umfassende barrierefreie Gestaltung hinzuwirken. Dabei ist u. a. bei der Sanierung von WC-Anlagen sicherzustellen, dass auch barrierefreie WC-Anlagen geschaffen werden. Zu berücksichtigen sind auch die Belange von schwerhörigen Menschen, insbesondere im Bereich der Kultur-, Sport- und Stadtteilinfrastruktur.**
- 4.4 beauftragt die Verwaltung, die Einzelmaßnahmen hinsichtlich der Barrierefreiheit mit der Arbeitsgruppe Stadtplanung und Verkehr der Kommission zur Förderung der Integration von Menschen mit Behinderungen (KIB) abzustimmen.
- 4.5 beauftragt die Verwaltung, die Belange von Menschen mit Migrationsvorgeschichte und deren Institutionen zu berücksichtigen.
- 5.1 Die als Anlage 3.1 beigefügte Dringlichkeitsentscheidung vom 06.03.2009 wird gemäß § 60 Abs. 1 GO NW genehmigt.
- 5.2 Die als Anlage 3.2 beigefügte Dringlichkeitsentscheidung vom 12.03.2009 wird gemäß § 60 Abs. 1 GO NW genehmigt.
- 5.3 Die im Zusammenhang mit dieser Vorlage der Bezirksvertretung Münster-West, der Bezirksvertretung Münster-Südost und der Bezirksvertretung Münster-Nord vorgelegten Dringlichkeitsentscheidungen gemäß Anlage 4 werden zur Kenntnis genommen.
6. Die Verwaltung wird über die Umsetzung und Nutzung der Bundesfördermittel sach- und bedarfsgerecht in den zuständigen Gremien berichten.

II. Kosten/Folgekosten

II. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass

- II.1 für die kurzfristige Umsetzung des Maßnahmenpakets unabdingbar zusätzliche Personal- und Sachressourcen benötigt werden. Vorrangig werden die Architektur- und Ingenieurleistungen vergeben. Zur Wahrnehmung der Bauherrenfunktion und Projektleitung ist jedoch die befristete Aufstockung des städtischen Personals in unabdingbar notwendigem Umfang erforderlich. Die entstehenden Aufwendungen werden zunächst aus dem verfügbaren Bud-

- get finanziert. Soweit im Einzelfall nachgehend zusätzliche Mittel erforderlich sind, werden diese über den Nachtragshaushalt bereitgestellt.
- II.2 wegen der noch bestehenden definitorischen Unklarheiten bei der nachgehenden Mittelprüfung durch die zuständigen Behörden punktuell kritische Anmerkungen erfolgen könnten, die im Einzelfall zur Rückforderung von Teilen der Fördermittel führen könnten. Für diesen Fall könnten unter NKF-Gesichtspunkten aus haushalterischen Gründen zu gegebener Zeit Rückstellungen in der städtischen Bilanz gebildet werden.
- II.3 mit dem Abruf der Bundesfördermittel auch eine faktische Eigenbeteiligung in Höhe von 12,5 Prozent verbunden ist, die allerdings in Nordrhein-Westfalen erst ab dem Jahr 2012 über eine Kürzung der Schul-/Bildungspauschale eingefordert wird.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

- III.1 Der Rat beschließt für die in dieser Vorlage benannten Finanzmittel überplanmäßige bzw. außerplanmäßige Mittelbereitstellungen unabhängig vom Satzungsbeschluss über den Haushalt 2009. Als Deckung dieser Aufwands- bzw. Auszahlungsermächtigungen dienen jeweils die Fördermittel des Bundes. Auf die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes – bezogen auf diese Mittelbereitstellungen – kann nach den bisherigen Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen verzichtet werden.
- III.2 Für die unter Beschlusspunkt 3.4 genannten kleineren Maßnahmen an Schulen wird ein im Jahr 2010 im Teilergebnisplan 0112 „Gebäudemanagement“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ geplanter Haushaltsansatz für die Bauunterhaltung in Höhe von 800.000 € auf das Jahr 2009 vorgezogen und im Teilergebnisplan 0301 „Schulen“, Zeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ zusätzlich zur Verfügung gestellt.“

Punkt 3 der Tagesordnung

Anträge

Punkt 3.1 der Tagesordnung A-O/0003/2009

Einbindung der Hobbeltstraße in den ÖPNV

Nach Diskussion beschloss die Bezirksvertretung mit 13 Für-Stimmen (CDU, SPD) bei 5 Enthaltungen (CDU, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS):

„Die Verwaltung prüft die Möglichkeit, ob die Hobbeltstraße nach ihrer Fertigstellung zukünftig in die Buslinienführung des ÖPNV integriert werden kann.“

Punkt 3.2 der Tagesordnung A-O/0004/2009

Hobbeltstraße im Einmündungsbereich Handorfer Straße

Die Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung zum Antrag lag vor.

Der Antrag wurde mit 7 Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS), 10 Gegenstimmen (CDU) und 1 Enthaltung (FDP) abgelehnt.

Punkt 3.3 der Tagesordnung A-O/0009/2009

Ergänzung zum SPD-Antrag Einmündung Hobbeltstraße

Die Stellungnahme des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung zum Antrag lag vor. Herr **Moths** zog den Antrag zurück.

**Punkt 3.4 der Tagesordnung
A-O/0005/2009**

Renovierungsarbeiten an der Matthias-Claudius-Schule

Frau **Schmitz** regte an, die nächsten Sitzungen in der Margaretenschule und der Matthias-Claudius-Schule durchzuführen und die Schulgebäude vor Sitzungsbeginn zu besichtigen.

Herr **Grenda** merkte an, dass der Antrag durch die Vorlage V/0137/2009 erledigt sei.

Nach Diskussion wurde der Antrag wurde mit 5 Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL), 11 Gegenstimmen (CDU, FDP) und 2 Enthaltungen (SPD, UWG-MS) abgelehnt.

**Punkt 3.5 der Tagesordnung
A-O/0007/2009**

Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf der Dyckburgstraße im Einmündungsbereich Mariendorfer Straße auf 50 km/h

Herr **Marquardt** begründete den Antrag und verwies auf den aktuellen Fachbericht zur Verkehrsunfallentwicklung 2008, in welchem der Einmündungsbereich Mariendorfer Straße/ Dyckburgstraße als Unfallrisikobereich in der Kategorie „Unfallursache Abbiegen/ Wenden/ Rückwärtsfahren“ eingestuft ist.

Herr **Gottkehaskamp** kündigte für seine Fraktion freie Abstimmung an.

Nach längerer Diskussion beantragte Herr **Moths** sofortige Abstimmung. Dieser Antrag wurde mehrheitlich so beschlossen.

Sodann beschloss die Bezirksvertretung mit 14 Für-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, FDP, UWG-MS), 1 Gegenstimme (CDU) und 3 Enthaltungen (CDU):

„Die Verwaltung reduziert die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf der Dyckburgstraße im Einmündungsbereich Mariendorfer Straße von derzeit erlaubten 70 km/h Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h.“

**Punkt 3.6 der Tagesordnung
A-O/0008/2009**

Konzept "Shared Space" in Handorf

Der Antrag wurde mit 7 Für-Stimmen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) und 11 Gegenstimmen (CDU, FDP) abgelehnt.

**Punkt 3.7 der Tagesordnung
A-O/0010/2009**

Gemeinsamer Prüfantrag der CDU- und SPD-Fraktion in der BV-Ost als Ergänzung zu Antrag A-O/0033/2008 vom 08.11.2008

Frau **Klimek** zog den Antrag zurück und brachte dafür folgende Anregung an die Verwaltung ein:

„Es wird angeregt, das Hinweisschild an der Dorbaumstraße zur Fachklinik Hornheide mit kleiner Schrift zu ergänzen um den Hinweis auf das Hospiz Lebenshaus.“

Allgemein wurde es für notwendig erachtet, die Beschilderung am neuen Kreisverkehr nach dessen Fertigstellung zu optimieren.

**Punkt 3.8 der Tagesordnung
A-O/0012/2009**

**Eröffnungsfeier anlässlich der Fertigstellung der
Anbindung Hobbeltstraße an den Kreisverkehr im
Neubaugebiet "Drei Eichen"**

Die Bezirksvertretung beschloss mit 14 Für-Stimmen (CDU, SPD, FDP), 3 Gegenstimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, UWG-MS) und 1 Enthaltung (SPD):

- „1. Die Bezirksvertretung Münster-Ost richtet am 16. Mai 2009 um 15:00 Uhr eine Eröffnungsfeier anlässlich der Fertigstellung der Anbindung der Hobbeltstraße an den Kreisverkehr im Neubaugebiet „Drei Eichen“ aus und übernimmt sämtliche entstehenden Kosten.
2. Die entstehenden Kosten von ca. 700 – 800 Euro sind der Haushaltsstelle „Zuschüsse für Kommunikation und Begegnungen“ zu entnehmen.“

**Punkt 3.9 der Tagesordnung
A-O/0013/2009**

**Erfahrungsbericht über die Wirksamkeit von Dia-
log-Displays**

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig:

„Um zeitnah zu einer sachgerechten Entscheidung zu kommen, beauftragt die Bezirksvertretung Münster-Ost die Verwaltung, einen Erfahrungsbericht über die Wirksamkeit von Dialog-Displays anhand bereits bestehender fest installierter bzw. mobiler Anlagen bis Ende September als Vorlage zu erstellen und der Bezirksvertretung Münster-Ost vorzulegen.“

**Punkt 3.10 der Tagesordnung
A-O/0016/2009**

**Zuschuss für die Erstellung eines Rasentrainings-
platzes für die Sportanlage "Pleistemühlenweg"**

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig:

„Für die Erstellung eines Rasentrainingsplatzes (neu) in einfachster Ausfertigung für die Sportanlage „Pleistemühlenweg“ gibt die BV-Ost einen einmaligen Zuschuss von 15.000 €. HHSt. Projektförderung im Bezirk.“

Punkt 3.11 der Tagesordnung

**Antrag des Fördervereins der Kardinal-von-Galen-
Schule Handorf für ein Leseprojekt**

Die Bezirksvertretung beschloss einstimmig, die Kardinal-von-Galen-Grundschule Handorf für die Durchführung einer Dichterlesung mit einem Betrag in Höhe von 300,00 € zu unterstützen.

Punkt 4 der Tagesordnung

**Stellungnahme der Verwaltung zu Anfragen von
Mitgliedern der Bezirksvertretung und Abgabe
neuer Anfragen**

Es lagen keine Stellungnahmen der Verwaltung zu Anfragen vor. Neue Anfragen wurden nicht gestellt.

Punkt 5 der Tagesordnung**Stellungnahme der Verwaltung zu Anregungen der Bezirksvertretung/von Mitgliedern und Abgabe neuer Anregungen/Anträge**

Folgende neue Anregungen/Anträge wurden eingebracht:

Anregung Nr. A-O/0014/2009
CDU-Fraktion

Absenkung des Bordsteins im Neubaugebiet „Drei Eichen“ zwischen dem Franz-Reuter-Weg und dem Parkplatz der Fa. Lidl

„Die CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Münster-Ost regt an, in Handorf im Neubaugebiet „Drei Eichen“ am Ende des bereits angelegten Verbindungsweges zwischen dem „Franz-Reuter-Weg“ und dem Parkplatz der Fa. Lidl den Bordstein an der Nahtstelle Parkplatz/Verbindungsweg auf der Gesamtbreite des Weges abzusenken.“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Anregung Nr. A-O/0015/2009
CDU-Fraktion

Gestaltung des Spielplatzes „Am Hornbach“

„Seit der Eröffnung der neuen Kinder- und Jugendeinrichtung „Drei Eichen“, über die wir sehr glücklich sind, ist die alte Jugend-Einrichtung am Spielplatz „Am Hornbach“ überflüssig geworden. Die damals als Unterbringung für die Jugendeinrichtung benötigten Container sind bereits abgeholt werden.

Die CDU-Fraktion bittet nun die Verwaltung, den Rückbau bzw. die Gestaltung des Spielplatzes „Am Hornbach“ in die Wege zu leiten, damit die Kinder ihn wieder bestimmungsgemäß nutzen können.“

Die Verwaltung wird um Stellungnahme gebeten.

Antrag Nr. A-O/0017/2009
SPD-Fraktion

Feier für die Eröffnung des neuen Freibades Stapelskotten

„Die BV Münster-Ost möge beschließen:

1. Die BV-Ost richtet Anfang Juli um 18 Uhr am Vorabend der Eröffnung des neuen Freibades Stapelskotten eine Feier aus unter Übernahme sämtlicher Kosten.
2. Die Bezirksverwaltung wird beauftragt, die Ausrichtung vorzubereiten und für ein Rahmenprogramm Sorge zu tragen (z. B. Schulorchester, Chor, Gastronomie).
3. Die Kosten von geschätzt 1 000 € werden der Haushaltsstelle „Zuschüsse für Kommunikation und Begegnung“ entnommen.“

Der Antrag wurde mit der Maßgabe eingebracht, diesen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung aufzunehmen.

Punkt 6 der Tagesordnung**Verschiedenes**

Herr **Grenda** bat die ausscheidenden Mitglieder der Bezirksvertretung, ihm beizeiten ihren Bücherwunsch mitzuteilen.

Herr **Balsliemke** betonte, dass die Eröffnungsfeiern der Hobbeltstraße und des Freibades Stapelskotten Feste für die Bevölkerung seien.

Herr **Marquardt** informierte darüber, dass die Reinigung der Kamillusbrücke durchgeführt wurde und bedankte sich für die schnelle Bearbeitung bei der Verwaltung.

Herr **Marquardt** teilte mit, dass sich die Astrid-Lindgren-Schule bezüglich der Reinigungssituation in der Schule beklagt habe.

Herr **Möltgen** teilte mit, dass sich im Bereich Mondstraße/ Bretanoweg in letzter Zeit zwei Unfälle wegen überhöhter Geschwindigkeit ereignet hätten. Vor allem kleine Kinder seien hier gefährdet. Herr **Gottkehaskamp** schlug vor, in einem Termin vor Ort mit Verwaltung und Polizei die Situation zu erörtern und Lösungen zu entwickeln.

Ende der Sitzung: 18:47 Uhr

gez.
Grenda
Bezirksbürgermeister

gez.
Groh
Schriftführung